



Mieter besser schützen

> **Wohnraumgesetz unzureichend**

Mit dem Wohnraumversorgungsgesetz haben Senat und Koalition auf den großen Erfolg des Mietenvolksbegehrens reagiert. Einige Intentionen der Initiative Berliner Mietenvolksentscheid sind aufgegriffen. Aber das Gesetz ist, insbesondere was sozial tragbare Miethöhen angeht, unzureichend. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE umfassende Änderungen vorgeschlagen.

Wir wollen die überhöhten Kostenmieten des alten Berliner sozialen Wohnungsbaus durch eine soziale Richtsatzmiete ersetzen. Damit die Miete im sozialen Wohnungsbau und bei städtischen Wohnungsunternehmen sozial tragbar ist, darf sie 30 Prozent des Haushaltseinkommens für die Gesamtmiete nicht überschreiten. Dies gilt bisher nur für die Nettokaltmiete.

Die für die Sozialmieten vorgesehenen Kappungsgrenzen für den Mietzuschuss und für die anrechnungsfähige Nettokaltmiete müssen ebenso wie die Möglichkeit der rückwirkenden Mieterhöhung entfallen. DIE LINKE will für Modernisierungsvorhaben den landeseigenen Wohnungsunternehmen umfassende Beteiligungspflichten der betroffenen Mieter/innen auferlegen und die Quote belegungsgebundener Wohnungen für Bestand und Neubau anheben. Kündigungen wegen Mietrückständen und Zwangsräumungen sollen bei den landeseigenen Unternehmen ausgeschlossen werden. Für Mieterbeiräte bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen wollen wir eine Rechtsgrundlage schaffen. Diese Forderungen sind auch nach dem Beschluss des Abgeordnetenhauses aktuell. Bezahlbares Wohnen

Schwerpunktthema

- > **Mauerpark: Betongold statt Grün**
... weiter auf Seite 3
- > **Analog ist Quatsch**
... weiter auf Seite 4
- > **Das bisschen Haushalt...**
... weiter auf Seite 5
- > **Rekommunalisierung beerdigt**
... weiter auf Seite 5
- > **Pankow hilft**
... weiter auf Seite 6
- > **Mit Klaus zur Wahl**
... weiter auf Seite 7



steht im kommenden Wahlkampf ganz oben auf der Agenda!

Katrin Lompscher
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

> **Brotfabrik**

In einem Antrag an die BVV forderte die Linksfraktion das Bezirksamt auf, Planungen für die Sanierung der Brotfabrik aufzunehmen. Das Bezirksamt soll bis zur 40. Tagung der BVV ein entsprechendes Konzept vorlegen. Nach einer jahrzehntelangen erfolgreichen kulturellen Nutzung der „Brotfabrik“ ist der Sanierungsstau des Gebäudeensembles ein ernstzunehmendes Risiko für den Fortbestand der dortigen Angebote geworden. Die BVV beschloss den Antrag einstimmig.

> **Moorlinse**

In einem Antrag forderten die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN das Bezirksamt auf, die Moorlinse in Berlin-Buch zu schützen. Weitere Beeinträchtigungen und Schädigungen der Flora und Fauna dieses Schutzgebietes durch illegal parkende Kraftfahrzeuge müssen verhindert werden. Trotz Kontrollen durch das Ordnungsamt hat sich an der Parksituation am S-Bahnhof Buch wenig verändert.

> **Interkulturelle Kompetenz der Verwaltung**

Die Linksfraktion will mit einem Antrag erreichen, dass Interkulturelle Kompetenz einen höheren Stellenwert bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber bekommt. Die Verwaltung sollte auch in ihrem Personal ein Abbild der Einwohnerschaft sein. Wenn das Verwaltungspersonal die Fähigkeit besitzt, auch mit Menschen aus als fremd wahrgenommenen Kulturen für beide Seiten erfolgreich zu kommunizieren, nützt das uns allen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Personal überwiesen.

Einladung BVV-Sitzung

am **16. Dezember 2015**

> **36. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Rettet das Amtshaus Buchholz

> **Aus der Tagung der 35. BVV**

Nachdem sich die wegen eines Wohnsitzwechsels scheidende Vorsteherin Sabine Röhrbein (SPD) verabschiedet hatte, wurde Ronald Rüdiger (SPD) von

wort zur mündlichen Anfrage durch den für die Lebensmittelaufsicht zuständigen Stadtrat Kühne (CDU) deutlich: Die Essensversorgung der Geflüchteten in



Amtshaus Buchholz in der Berliner Straße 24

der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 11. November als neuer Vorsteher gewählt. Der 44-jährige Jurist und erfahrene Bezirksverordnete bestand durch eine souveräne Tagungsleitung der anschließenden 35. Tagung seine erste Probe.

Im Bericht des Bezirksamtes wiederholte Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) seine scharfe Kritik an der Beschlagnahme von Turnhallen zur Unterbringung von Geflüchteten. Der Senator könne nicht mehr auf Personal-mangel beim zuständigen Landesamt verweisen, weil auch aus den Bezirken viele Beschäftigte dafür abgestellt wurden. Die Untätigkeit bei der Nutzung von bereitstehenden Gebäuden bei gleichzeitigem Zugriff auf Turnhallen bezeichnete Köhne als „Organisationsversagen des Senators“. Er forderte den Regierenden Bürgermeister auf, Czaja (CDU) von dieser Aufgabe zu entbinden.

Dass Turnhallen nicht nur für Schul- und Vereinssport dringend gebraucht werden, sondern auch ungeeignete Unterkünfte sind, wurde auch in einer Ant-

Turnhallen wird derzeit durch Caterer eher „notdürftig“ abgewickelt.

Das „Amtshaus Buchholz“ bietet als Nachbarschaftszentrum seit mehr als 20 Jahren Raum für Austausch und Begegnung, Hilfe und Engagement, Kultur und Information und wird von allen Generationen besucht. Es ist wichtig für den Ortsteil, findet aber auch darüber hinaus und bei wachsenden Bevölkerungszahlen in der Umgebung viele Nutzerinnen und Nutzer. Zum Jahresende läuft die Finanzierung aus EU-Mitteln aus. Damit ist die Existenz der Einrichtung akut gefährdet. Da der Bezirk die ausfallenden Mittel nicht aus seinem Haushalt finanzieren kann, hat sich die BVV mit einem einstimmig beschlossenen Dringlichkeitsantrag an den Berliner Senat gewandt. Wir hoffen, dass die Berliner Senatsver-



waltungen für Soziales und Finanzen ihre Verantwortung ernst nehmen.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Kurzer Prozess

> Mauerpark: Betongold statt Grün

Einen neuen Tiefpunkt der Stadtplanungskultur erlebte Berlin am 8. Oktober. Das Abgeordnetenhaus beschloss in nur einer Lesung den Bebauungsplan (B-Plan), mit dem Baurecht für Wohnungen der Groth-Gruppe am Mauerpark geschaffen wird.



Kinderbauernhof mit Transparent gegen die Groth-Gruppe

Nachdem die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zehntausende Einwendungen von Bürgern im Planverfahren kurzerhand für unerheblich erklärt hatte, wurde die parlamentarische Behandlung des B-Plans zur Farce: Die hunderte Seiten umfassende Vorlage handelte der Bauausschuss zuvor in einer Beratung von 90 Minuten ab. Den Antrag der Linksfraktion angesichts der offenen städtebaulichen und rechtlichen Probleme auf Durchführung einer Anhörung lehnte die SPD-CDU Mehrheit ab. Viele Fragen der Linksfraktion blieben unbeantwortet. Senator Geisel (SPD) und die Regierungsfractionen formulierten Sprechblasen über die Bedeutung des Wohnungsbaus und den Zugewinn an Grünfläche für den Mauerpark. Der CDU-Abgeordnete Brauner erklärte in einem Anflug von Offenheit: Es müsse Wohnungsbau für gut verdienende Bürger geben, die eine hochwertige Neu-

bauwohnung in attraktiver Lage suchen und bezahlen können.

Das Bebauungsplanverfahren und die Öffentlichkeitsbeteiligung wurden zur Farce, weil durch den „Mauerpark-Vertrag“ mit den Investoren aus dem Jahre 2012 das Ergebnis des Verfahrens vorfestgelegt war. Eine demontierte Berliner Grünzugplanung, ein verschlechtertes Stadtklima, eine unverträgliche Bebauungsdichte, beeinträchtigte Belange der öffentlichen Infrastruktur, eine verschlechterte Wohnsituation in kommunalen Sozialwohnungen, ein fahrlässiger Umgang mit Lärmbelastung, der Teilabriss des Denkmals Gleimtunnel und eine unzureichende Verkehrserschließung werden hingenommen, damit die Groth-Gruppe die Profite eines Spekulationsgeschäfts realisieren kann. Baurecht ist in Berlin offenbar käuflich

Als „Gegenleistung“ bei diesem „Mauerpark-Deal“ überlässt Groth dem Land Berlin eine große Fläche südlich des Gleimtunnels für die Fertigstellung des Mauerparks. So glaubt der Senat, sein Versprechen an die Berliner*innen und seine Verpflichtung gegenüber der Allianzstiftung für Natur und Umwelt hinsichtlich der Größe des Mauerparks nach 20 Jahren einzulösen.

Die Linksfraktion beantragte angesichts der skandalösen Umstände eine namentliche Abstimmung: SPD und CDU stimmten für, Linke und Piraten geschlossen gegen diesen Groth-B-Plan. Die Grünen signalisierten Regierungsfähigkeit und enthielten sich. Berlin's Grün kann auf die Grünen nicht mehr rechnen.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Zukunft der bezirklichen Kultur sichern!

Die Berliner Bezirke sind bekanntlich finanziell und personell schlechter gestellt als die Landesverwaltungen. Das wirkt sich insbesondere auf die sogenannten freiwilligen Aufgaben der Bezirke aus, zu denen Kultur und Weiterbildung gehören. Der Pankower Kulturstadtrat Kühne (CDU) hat für die bezirkliche Musikschule und für die Volkshochschule den Weg einer Zentralisierung beschritten, ohne sich der Gefahr bewusst zu sein, dass Bezirke damit ihre eigenen Aufgaben an das Land abtreten.



So ist es auch logisch, dass ihn dabei Kollegen aus ähnlich klammen Bezirken und die Landespolitik unterstützen. Wir meinen: Kultur und Weiterbildung sind bei den Bezirken besser aufgehoben als in einer Landesregentschaft. Beispiele für das verheerende Eingreifen des Landes gibt es in den letzten Jahren zu Hauf: Neue Honorarordnungen führen zu mehr Bürokratie, die die Einrichtungen an den Rand der Arbeitsunfähigkeit drängen. Der Druck des Kostensenkungswettbewerbs führt zur permanenten Absenkung der Qualität, Vereinheitlichung zum Verlust von Vielfalt. Der Antrag der Linksfraktion, diese Tendenz zu stoppen, wird im Kulturausschuss beraten.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Im Reich der Mitte

> Mit der Bundeskanzlerin in China

Kürzlich empfang ich gemeinsam mit Gregor Gysi eine Delegation der Parteischule des Zentralkomitees der KP



Denkmal am Platz des Himmlischen Friedens in Peking

Chinas. In dem Gespräch ging es um die Beziehungen zwischen der KP und der LINKEN und die künftige Rolle Chinas in der Welt. Unvermittelt fragte mich der Delegationsleiter Professor Huang Xianqi, ob ich denn bei meinem gemeinsamen Besuch mit der Bundeskanzlerin Ende Oktober in der Volksre-

publik auch Gast in der Provinz Anhui, der Heimat des Ministerpräsidenten Li Keqiang, gewesen sei. Es schien, dass ihm die Antwort besonders wichtig war. In der Tat hatte ich als stellvertretender Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe Angela Merkel auf ihrer Reise nach Fernost auch dorthin begleitet, es gab dann vor Ort noch einen individuellen Termin für die Kanzlerin.

Die unverhohlene Neugier des Peking-Genossen hat gute Gründe, denn nur selten präsentieren sich chinesische Spitzenpolitiker ausländischen Staatsgästen derart privat. Es ist ein hoher Ausdruck von Gastfreundschaft. Nichtsdestotrotz war das gewachsene Selbstbewusstsein unserer Gesprächspartner in Peking deutlich spürbar. China wird sich, auch das war ein wichtiges Ergebnis der Gespräche, stärker an der Finanzierung des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR beteiligen, insbesondere zur Verbesserung der Lage in den aus dem syrischen Bürgerkrieg resultierenden

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Flüchtlingslagern. Außerdem wird es sich als Mitglied des UN-Sicherheitsrats verstärkt für eine politische Lösung des Syrienkonflikts einsetzen. Starke Bedenken haben wir parteiübergreifend gegen ein geplantes Gesetz zum Ausdruck gebracht, welches die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen beschränken soll und das auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung treffen wird.

Stefan Liebich
Bundestagsabgeordneter

Analog ist Quatsch

> Bürgerämter: Ausstieg aus der elektronischen Terminvergabe?

Seit Monaten wird in Berlin über die Zustände in den Bürgerämtern geredet. Lange Schlangen bilden sich, wenn Berlinerinnen und Berliner versuchen, kurzfristig ihre dringenden Anliegen zu erledigen. Das Buchungssystem im Internet bietet Termine erst in acht Wochen an. Ein findiger Unternehmer hat sich auch schon gefunden, um aus diesem Elend Profit zu ziehen und so kann mensch für 45 Euro einen Amtstermin innerhalb der nächsten 48 Stunden kaufen. Im Ausschuss für Bürgerdienste werden wir uns nun mit einem

Antrag der Grünen-Fraktion befassen, mit dem das Bezirksamt beauftragt wird, die Bürgerschaft über die Gründe der Situation zu informieren.

Dass eine Information darüber das Problem beseitigen wird, erwarten wir nicht. Seit Jahren fordern wir eine bessere personelle Ausstattung der Bürgerämter. Nur wenn kein Mangel an Terminen besteht, lässt sich der Markt austrocknen. Einen Ausstieg



Bürgeramt in der Fröbelstraße

aus der Terminvergabe im Internet, wie von den Grünen in Erwägung gezogen (offenbar ist »Analog« das neue »Bio«), halten wir für ... sagen wir mal: Rückwärtsgewandten Quatsch!

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Das bisschen Haushalt

> **Bezirk stellt Doppelhaushalt auf**

Die Aufstellung des Doppelhaushaltsplanes 2016/17 verlief überraschend anders, als in Jahren zuvor. Dabei haben es Vorgaben des Finanzsenators für Pankows Haushalt nochmals enger werden lassen. Besondere Probleme erwachsen aus der drastisch erhöhten Einnahmenvorgabe, d.h. Einnahmen, die der Bezirk mindestens zu erbringen hat und die ihm deshalb schon vorab von der Finanzzuweisung abgezogen werden. Und weiterhin lastet das Abtragen von „Verlusten aus Haushaltsvorjahren“, was vor allem die Investitionen stark beschneidet. Unter diesen Voraussetzungen war es eine achtenswerte Leistung des Bezirksamts, dass es den Bezirksverordneten einen Entwurf vorlegte, der sich strikt

an den Istwerten des Vorjahres orientiert und so den ungekürzten Fortbestand von Leistungen und Angeboten des Bezirkes gewährleisten soll. Dies fand über alle Fraktionen hinweg die Billigung der Bezirksverordneten. Eine selten gekannte Einigkeit, der Wahlkampf naht, da wollte niemand kürzen. Letztlich ergaben die umfangreichen Beratungen in Ausschüssen und Plenum der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) noch Änderungen im Umfang von 719.000 Euro in 2016 und 751.000 Euro in 2017, angesichts des Gesamtvolumens von weit über 800 Millionen die sprichwörtlichen Peanuts. Der Linksfraktion war hierbei wichtig, vor allem für die Angebote freier Träger in allen Bereichen (Inte-



Bezirksamt in der Fröbelstraße

gration, Frauen, Soziales, Jugend, Kultur) eine Anpassung an deren gestiegene Personalkosten zu schaffen. Darüber hinaus engagierten wir uns vor allem für die Stabilisierung von Ange-

boten im Bereich von Kultur, Museum und Bibliotheken.



Michael van der Meer
Fraktionsvorsitzender

Senat gibt sich in die Hände von Vattenfall

> **SPD und CDU beerdigen Rekommunalisierung der Energie**



Das Strom- und Gasnetz soll wieder in die öffentliche Hand, so der fraktionsübergreifende Beschluss der Enquetekommission „Neue Energie für Berlin“. Nahezu zeitgleich beschloss der Senat aus SPD und CDU – im Gegensatz zur Enquetekommission – mit Vattenfall und E.on Gespräche über eine sogenannte „industrielle Partnerschaft“ aufzunehmen. Danach will das

Land sich künftig mit 50 Prozent am Stromnetz zu beteiligen, die andere Hälfte soll bei Vattenfall verbleiben. Verhandelt werden soll auch, dass das Land im Jahr 2023 (!) eine Option bekommt, zusätzliche Anteile an der Netzgesellschaft zu erwerben. Warum Vattenfall dem Land diesen Gefallen tun sollte, bleibt schleierhaft. Am Gasnetz will das Land 51 Prozent und eine „industrielle Partnerschaft“ mit E.on, aber nur 25,1 Prozent an der Netzbetriebsgesellschaft, in der die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden.

Damit verabschiedet sich der Senat vom Ziel einer vollständigen Rekommunalisierung der Energienetze und begibt sich in die Hände von Vattenfall. Vattenfall hat jetzt eine starke Verhandlungsposition gegenüber dem

Land. Denn der schwedische Konzern ist der einzig verbliebene Bieter für das Stromnetz, nachdem Gerichte das landeseigene Unternehmen Berlin Energie für nicht bieterfähig erklärt haben.

DIE LINKE fordert, das laufende Stromnetzverfahren abzubrechen und neu auszuschreiben. Das würde die Möglichkeit bieten, Berlin Energie mit einer eigenständigen Rechtsform, ausreichend Kapital und Personal so auszustatten, dass die Bieterfähigkeit vor Gericht nicht mehr angezweifelt

und die Chance auf eine vollständige Rekommunalisierung gewahrt werden kann.



Harald Wolf
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Konzept statt Notversorgung

> Schutz für unbegleitete Jugendliche

Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht für junge geflüchtete Menschen in Berlin.

Zuerst die gute: Der Verein Ausländische Kinder in Deutschland – Allein (AKINDA), der sich um Vormundschaften für Minderjährige kümmert, kann weiter arbeiten. AKINDA bereitet Vormünder auf ihre Aufgaben vor, vermittelt sie und berät sie während ihrer Tätigkeit. Diese Arbeit stand in Fra-



Graz: Der spätere österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky war - wie Willy Brandt und Olof Palme - den Nazis entkommen und nach Schweden geflohen.

ge, als die Finanzierung des Vereins vor kurzem auslief. Inzwischen ist die Finanzierung von AKINDA durch die

Senatsbildungsverwaltung und einen EU-Fonds gesichert.

Dass die Arbeit von AKINDA dringend nötig ist, zeigen die Lebensbedingungen von geflüchteten Minderjährigen in Berlin. Und das ist die schlechte Nachricht. In Notunterkünften werden sie zwar mit Essen und einem Bett für die erste Not versorgt. Diese Notunterkünfte werden aber zum Dauerwohnsitz: Bis zu fünf Monate wartet ein Bewohner der Notunterkunft in der Storkower Straße, bis er sich beim Jugendamt vorstellen kann. „Was geschieht weiter mit mir? Wo komme ich hin?“. Fünf Monate lang gibt es keine Antwort auf diese Fragen. Für junge Menschen ohne Familie eine besonders schwierige Situation.

Hier ist der Senat gefordert, diese Prozesse zu beschleunigen. Junge Geflüchtete ohne Familie stehen in Deutschland ab dem ersten Tag unter besonderem Schutz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dort heißt es programmatisch: „Jeder junge

B Ü R G E R B Ü R O

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Das gilt nicht erst nach fünf Monaten. Dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE ein. Statt der Notversorgung braucht es ein Konzept für nachhaltige und humane Einwanderungspolitik.

Katrin Möller

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Zivilgesellschaft mit Telefonnummer

> Notunterkunft in der Turnhalle Wichertstraße

Vor gut zwei Monaten wurde die Sporthalle in der Wichertstraße innerhalb von Stunden in eine Notunterkunft für Geflüchtete umgewidmet. Seit dieser Zeit wird mit einem unglaublichen Engagement, Menschlichkeit und Empathie von Nachbarinnen und Nachbarn und unzähligen Ehrenamtlichen dem nicht auskömmlich finanzierten Betreiber und den Schutzsuchenden geholfen.

Die Hilfe reicht von der Einrichtung einer Kleiderkammer, dem Sortieren der Sach-, Kleider- und Nahrungsspenden, der Besetzung der Essensausgabe bis hin zur medizinischen Versorgung, dem Organisieren eines Begegnungscafés mit Sprachunterricht, Fußballtur-

nieren, der Bearbeitung von Anfragen, der Betreuung der sozialen Netzwerke und der Vernetzung mit anderen Einrichtungen und Unterstützungskreisen.

Diese Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen. Das alles erfolgt unentgeltlich und ehrenamtlich neben Beruf, Familie und dem eigenen Alltag. Hier hat Zivilgesellschaft eine Telefonnummer, wo staatliches Handeln bewusst versagt.

Die Bedingungen vor Ort zeigen, wie schwierig die Umsetzung einer gelebten Willkommenskultur ist: eine große Turnhalle mit Beleuchtung bis 23 Uhr, fehlende Rückzugsmöglichkeiten, sprachliche Barrieren, fehlende



Turnhalle in der Wichertstraße

Informationen und fragwürdige hygienische Bedingungen. Dennoch wird tagesein tagaus mit aller Kraft, bis zur Erschöpfung daran gearbeitet, dass die Ankommenden eine Chance haben, menschenwürdig zu leben. Trotz der menschenunwürdigen Behandlung und Unterbringung durch den überforderten, planlosen Senat und seinem Gesundheits- und Sozialsenator Czaja.

Katja Haese, Helferin

Mit Klaus zur Wahl

> Mit einer starken Linken für ein soziales Berlin

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) geht es um essentielle Fragen für die Stadt. Welchen Weg wird Berlin nehmen? Geht die bisherige Entwicklung ungebremst weiter? Oder kann die Politik die Prozesse in einer wachsenden Metropole so gestalten, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter öffnet? Werden soziale Grundrechte, wie das Recht auf Wohnraum, Energieversorgung und eine existenzsichernde Arbeit für alle Menschen in Zukunft gewährleistet?

Das sind zentrale Fragen, um die es in Berlin seit geraumer Zeit geht und auf die die Koalition aus SPD und CDU keine Antworten gibt. Viel zu lange hat der Senat die Entwicklung verschlafen.

Ob wirksame Maßnahmen gegen steigende Mieten, ob bei der dringend notwendigen Einstellung von mehr Personal im Öffentlichen Dienst oder jetzt bei der Aufnahme Geflüchteter – immer hinkt der Senat den Erfordernissen hinterher.

So kann, so darf es nicht bleiben. Was die Berlinerinnen und Berliner erwarten, ist, dass eine neue Landesre-

gierung die Veränderungen in unserer Stadt, die viele besorgt und hoffnungsvoll zugleich in die Zukunft blicken lässt, beherzt und vorausschauend gestaltet – gemeinsam mit ihnen. Sie wollen, dass in dem sich verändernden Berlin wieder Gemeinsinn entwickelt und gelebt wird. Dafür trete ich an. Damit eine gestärkte



LINKE Druck machen kann für eine soziale, eine solidarische Politik. Denn die gibt's nur mit uns.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

23. November • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

25. November • 19 Uhr Diskussion / Vortrag „Friedrich Engels als Wissenschaftler – Zum 120. Todestag von Friedrich Engels“, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S- und U-Bhf. Schönhauser Allee)

28. November • 10 Uhr Bezirksvertreter/innenkonferenz DIE LINKE. Pankow: Wahl der WahlkreisbewerberInnen für die Pankower Direktwahlkreise und der VertreterInnen für die LandesvertreterInnenkonferenz, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin
030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und **Klaus Lederer**

1. Dezember • 13 Uhr Sprechstunde von Katrin Möller (MdA) im Bürgerbüro Breitenbach - Möller - Wolf

• 18 Uhr Film „Zeitschleifen - Im Dialog mit Christa Wolf“, Dokumentarfilm und Gespräch zum 4. Todestag der Schriftstellerin Christa Wolf mit anschließender Diskussion mit Daniela Dahn (Schriftstellerin), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe S Ostbahnhof)

3. Dezember • 19 Uhr Neumitgliedertreffen der LINKEN. Pankow in der Regionalgeschäftsstelle

7. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

14. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

16. Dezember • 19 Uhr Lesung am Samowar und Gespräch „Von der Kuh im Propeller und anderen Zwischenfällen – Humoristische Geschichten von Michail Sostschenko und Daniil Charms zum Jahresausklang“, Max-Lingner-Haus, Beatrice-Zweig-Straße 2 (Nähe S Schönholz)

4. Januar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

5. Januar • 13 Uhr Sprechstunde von Katrin Möller (MdA) im Bürgerbüro Breitenbach - Möller - Wolf

18. Januar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

27. Januar • 17:30 Uhr 37. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

20./21. Februar • 10 Uhr 2. Tagung der 5. Hauptversammlung, Abstimmung des Bezirkswahlprogrammes, und BezirksvertreterInnenkonferenz zur Wahl der KandidatInnen der LINKEN. Pankow für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraction in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraction-pankow.de



Stammtisch

> Unglaubliches

Vor dem Treffen im Eisernen Gustav suchten alle nach neuen sensationellen Nachrichten. Es gab sie.

Lena legte los. Sie hatte ein Schriftstück aus Dresden. Darin erklärte Pegida einen Kurswandel. Am nächsten Montag würden sie die Demonstration neu formieren und zu Ehren der Geflüchteten das Thema verändern.

Kurt setzte nach, indem er aus Wolfsburg berichtete. Von den Dividenden der letzten drei Jahre sollen 50 Prozent an VW zur Bewältigung des Abgasbetruges schnellstens zurückgezahlt werden.

Manfred meinte, die Bayern werden ja oberirdische Stromtrassen ablehnen, trotzdem sie die unterirdische Kabelverlegung, die Milliarden mehr kostet, mit höheren Strompreisen bezahlen werden, und das für ganz Deutschland.

Meine Information nahm Bezug auf die Konzentration der Bierproduktion. Nach diesem Vorbild sollen weitere Großkonzerne gebildet werden, um eine Sortimentsbereinigung für alle Produkte zu erreichen. Bier bleibt Bier, sofern nach deutschem Reinheitsgebot gebraut wird.

Und Anna: 800.000 Geflüchtete kommen nach Deutschland, davon kommt der größte Teil in Bayern an. Es herrscht Chaos in den Städten und Dörfern. Und was tut die Regierung? Sie stellt Geld zur Verfügung. Davon bleiben 25 Prozent im Land und der Rest wird verplant für den Bau von Iglus für die Winterzeit. Die Schweden schicken ihre Asylbewerber ja auch gleich zum nördlichen Wendekreis. 40° Sonne und 40° Kälte, so groß sind die Unterschiede ja wirklich nicht. Nur

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 11. November 2015
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 8. Februar 2016.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Matthias Zarbock, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

die Stärksten halten durch. Helft den Bayern. Deutschland einig Vaterland. Wir bleiben in Berlin und trinken Korn.

Klaus Flemming

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

	5			8	4			
3			1			9		
	6	9			7			2
	3	6						4
		4				8		
2						7	6	
4			6			2	5	
		3			2			1
			8	9			4	

1					7		8	
6	7		8		9		4	3
	5		9	7		6		
		6				2		
		8		2	6		7	
9	2		7		8		6	1
	8		2					9

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.